

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1986)

Heft: 4: Ausstieg

Artikel: "...die Kernenergie sicher nicht durchstieren" : Interview

Autor: Flüeler, Thomas / Baumberger, Heinz

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586857>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Berner Zeitung: Herr Baumberger, angenommen das Infrac-Szenario wird in die Tat umgesetzt. Stehen dann in der Schweiz die Maschinen still?

Heinz Baumberger: Aufgrund dieser Studie lässt sich dies nicht mit Sicherheit beantworten. Ich befürchte, mit den vorgeschlagenen Massnahmen wird das angestrebte Ziel nicht erreicht. Es müssten dann rigorosere Instrumente wie Kontingentierung und Rationierung eingesetzt werden. Dann könnte die eine oder andere Maschine notgedrungen stillstehen.

Thomas Flüeler: Ich bin überzeugt, dass der Ausstieg möglich ist, ohne dass Maschinen stillstehen. Es wird allerdings Maschinen geben, die aus betriebswirtschaftlichen Überlegungen durch sparsamere Geräte ersetzt werden müssen, weil sie zu viel Strom verbrauchen und damit zu teuer sind.

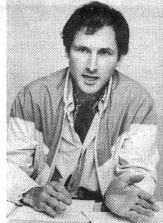
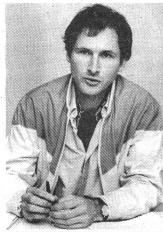
H.B.: Nach dem Infrac-Szenario müssten im Bereich Haushalt zwei Drittel* der Elektrizität eingespart werden, im Dienstleistungssektor mehr als ein Drittel. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dies möglich ist ohne ganz drastische Massnahmen. Der Bedarf in der Industrie würde vielleicht prioritär gedeckt, aber nur mit enormen Einschränkungen im Bereich Haushalt, was wiederum Auswirkungen auf die Nachfrage von Geräten hätte. Dann könnten die Maschinen auch aus konjunkturellen Gründen stillstehen und nicht nur, weil es an Strom fehlt.

Der BZ-Report «Der Ausstieg – was dann...» ist als Separatdruck und gratis erhältlich bei: Redaktion Berner Zeitung, Report Ausstieg, Postfach, 3001 Bern.

Grosses Bild: Gegenüber sass sich Thomas Flüeler (links) und Heinz Baumberger unter der Leitung von Franz Hophan (Mitte).
Fotos: Max Messerli.

20

«...die Kernenergie sicher nicht durchstieren»



BZ: Ist das Sparziel mit den in der Infrac-Studie vorgeschlagenen Massnahmen nicht erreichbar, Herr Flüeler?

T.F.: Das Ziel ist erreichbar; das Szenario ist sogar sehr vorsichtig. Atomfreundliche Studien für die Bundesrepublik Deutschland zeigen, dass ein wirtschaftlich verträglicher Ausstieg innerhalb von 20 Jahren möglich ist, während das Infrac-Szenario einen Zeitraum von 35 Jahren veranschlagt. Es geht nicht in erster Linie um einen Verzicht auf Energie, sondern um ihre rationellere Nutzung, die sich weitgehend über marktwirtschaftliche Mechanismen bewerkstelligen lässt. Hier liegt das Sparpotential begraben.

Als Diskussionsbeitrag im Hinblick auf die Energie-Sondersession der eidgenössischen Räte im Oktober verstand die «Berner Zeitung» ihren Ausstiegs-Report. Nach der Darstellung des Infrac-Szenarios wurden Stromlobby und Umweltorganisationen um ein Streitgespräch gebeten. Und so stritten sich Heinz Baumberger, Vizedirektor der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK), und Thomas Flüeler von der SES. Gesprächsleitung: Franz Hophan.

H.B.: Ich bin durchaus der Meinung, dass sich durch eine rationellere Energie-Nutzung einiges erreichen lässt. Man darf aber nicht vergessen, dass die Nachfrage nach Elektrizität eine enorme Dynamik aufweist. In den letzten 15 Jahren ist die Nachfrage um 3 bis 4 Prozent pro Jahr gestiegen...

T.F.: Unter anderem, weil forciert Elektroheizungen propagiert wurden.

H.B.: ...Nicht deshalb, weil nicht gespart wurde, sondern obwohl gespart wurde. Die kürzlich vorgestellte Studie Brunner veranschlagt das Sparpotential auf 30 Prozent in einem Zeitraum von 30 Jahren. Das heisst, pro Jahr könnte etwa 1 Prozent eingespart werden, was die



Wachstumsrate auf 2 bis 3 Prozent zu drücken vermöchte.

T.F.: 30 Prozent als heutiges Sparpotential, das übrigens ebenfalls dynamisch wachsen wird. So ist das natürlich eine Milchmädchenrechnung: 30 geteilt durch 30 = 1...

H.B.: Ich kann Ihnen schon eine Exponentialrechnung machen.

T.F.: ...Das müssen Sie aber auch, genau so linear wird in den offiziellen Prognosen gerechnet. Nach der Devisen, was in den letzten 30 Jahren passiert ist, passiert auch in den nächsten 30 Jahren.

H.B.: Und Sie behaupten, es gehe in den nächsten 35 Jahren genauso weiter, wie

es in der Infrac-Studie steht. Auf dieser fragwürdigen Basis begründen Sie einen so folgenschweren Entscheid wie den Ausstieg aus der Kernenergie.

T.F.: Zur Datenbasis hätte ja die Elektrizitätswirtschaft – die an der Datenquelle ist – etwas beitragen können – und müssen. Ausserdem ist die Studie ein flexibles Szenario und nicht eine Prognose mit fixen Erwartungen – entgegen den offiziellen Berechnungen. Weiter fragt es sich, was folgenschwerer ist: das Weiterführen der Atomenergie oder das Aussteigen. Wie der jüngste Zwischenfall im AKW Mühleberg wieder gezeigt hat, handelt es sich um eine sehr gefährliche Technologie. Dazu kommt noch die äusserst fahrlässige Information der AKW-Betreiber.

H.B.: Nach meinen Informationen liegt die Radioaktivität in Mühleberg weit unter den vorgeschriebenen Grenzwerten.

T.F.: Für mich ist die zentrale Frage, ob der Atomweg weiter verantwortbar ist.

H.B.: Die Infrac-Studie geht natürlich von der Prämisse aus, dass der Ausstieg wünschbar ist. Ich stelle das in Frage...

T.F.: Drei von vier Schweizern wünschen ihn offenbar.

H.B.: ...Ich bin der Meinung, dass das Restrisiko unserer Kernkraftwerke verhältnismässig klein und durchaus verantwortbar ist. Demgegenüber stelle ich die Frage nach den Risiken, die mit einem Ausstieg verbunden sind. Unsere KKW in der Schweiz sind fünf von 142, die in Westeuropa laufen. Es wäre ein Schildbürgerstreich, unsere fünf – die wahrscheinlich sichersten – abzustellen. Technisch, das gebe ich zu, ist der Ausstieg wahrscheinlich möglich. Aber die notwendigen Sparraten oder Ersatzproduktionen sind ohne schwerwiegende Zwangsmassnahmen nicht zu realisieren.

T.F.: Es ist schön, dass der Ausstieg sogar für Sie immerhin technisch möglich ist. Vor ein paar Jahren hat es von Ihrer Seite her ganz anders getönt. Wenn die ändern ihre AKWs weiterlaufen lassen, heisst das noch lange nicht, dass wir dasselbe tun müssen. Wir können mit dem guten Beispiel vorangehen, das wäre auch eine gewaltige Chance für die Schweizer Wirtschaft. Die Elektrizitätswirtschaft ist nur unter äusserstem Druck bereit gewesen zuzugeben, dass Sparmöglichkeiten bestehen und ein Ausstieg möglich ist. Es ist auch bezeichnend, dass diese Studie von privater Seite gemacht werden musste, wie auch das erste Ausstiegs-Szenario von Infrac vor zwei Jahren, während sich – laut Stellungnahme der Elektrizitätswirtschaft – «der Bundesrat und die Elektrizitätswirtschaft hüten, voreilige Entscheide zu treffen». Von offizieller Seite ist gar noch nie eine Vorstellung über den Ausstieg entwickelt worden.

H.B.: Sie können von uns nicht erwarten, dass wir ein Ausstiegs-Szenario entwickeln, wenn wir der Überzeugung sind, dass die Kernenergie ein sinnvoller Weg ist.

T.F.: Ihr Auftrag ist die «sichere» Versorgung der Bevölkerung, und es steht nirgends, dass die Versorgung mit Atomenergie geschehen muss.

H.B.: Aber nicht im Sinne einer Reduktion des Verbrauchs um zwei Drittel* in den Haushalten. In den sechziger und siebziger Jahren herrschte in der Schweiz ein breiter Konsens, die Kernenergie zu nutzen. Nach Tschernobyl hat es Fragezeichen gegeben, über die wir nachdenken mussten. Und dieses Nachdenken hat gezeigt, dass die Kernenergie so schlecht eben nicht ist. Trotz dem Restrisiko, das bleibt.

T.F.: Das ist kein Restrisiko, sondern ein grosses Risiko. Den Begriff «Restrisiko» nach Tschernobyl noch zu gebrauchen, ist blanke Zynismus.

BZ: Herr Baumberger, führt das Weitergehen auf dem Kernenergie-Pfad schliesslich nicht zu einer Abhängigkeit von der Atomenergie, die uns einen allfälligen späteren Ausstieg unmöglich macht?

H.B.: Wenn sich der Elektrizitätsverbrauch durch freiwillige oder demokratisch akzeptierte gesetzliche Sparmassnahmen senken lässt oder wenn es ande-

*Nach den Angaben in der Infrac-Studie muss in den Haushalten nur ein Viertel des Stromes eingespart werden.

re Produktionsmöglichkeiten gibt, die ökologisch unbedenklich und wirtschaftlich tragbar sind, dann will die Elektrizitätswirtschaft die Kernenergie sicher nicht durchstieren. Wir dürfen aber nicht leichtfertig etwas über Bord werfen, bevor wir eine andere Lösung haben.

T.F.: Unsere Lösungen sind mindestens so realistisch wie die Ihrigen. Die Endlagerung von Atommüll ist ja nach wie vor ungelöst. Die Atomenergie ist weder ökologisch noch wirtschaftlich.

H.B.: Kernkraftwerke erzeugen weder Schwefeldioxide noch Stickoxide oder CO₂ wie die fossilen Energien. Es geht um eine Abwägung der Risiken.

T.F.: Ist das Problem mit fünf Atomkraftwerken in 15 Jahren gelöst worden?

H.B.: Es wurde jedenfalls nicht verschärft.

T.F.: Bei einer gemässigten Fortschreibung der offiziellen Prognosen brauchen wir bis zum Jahr 2020 sechs Atomkraftwerke der Gösgenklasse. Trotzdem wird der Erdölverbrauch weiter ansteigen.

H.B.: Unsere Prognosen beziehen sich auf den Stromverbrauch. Ihnen darf man nicht unterstellen, dass sie den Erdölverbrauch erhöhen.

T.F.: Sie dürfen nicht erst mit dem Gesamtenergieverbrauch argumentieren und dann – wenn's passt – nur noch mit dem Stromverbrauch. Nach Infrass brauchen die stromproduzierenden Blockheizkraftwerke nur halb soviel fossile Energie wie sich bei Heizungen und mit Gebäudeisolation bis 2020 einsparen lässt.

BZ: Infrass schlägt zur Errechnung des Sparziels eine Energiesteuer vor, die die Wüst ersetzen soll, sowie ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz. Ist das auch der Ausstieg aus der Marktwirtschaft?

T.F.: Überhaupt nicht. Wir kennen heute schon indirekte Steuern (Wüst, Treibstoffzölle). Ich sehe nicht ein, warum auf einem Gebiet, wo bis heute nach Belieben gewaltet und geschaltet wurde, nicht auch eine Steuer eingesetzt werden soll.

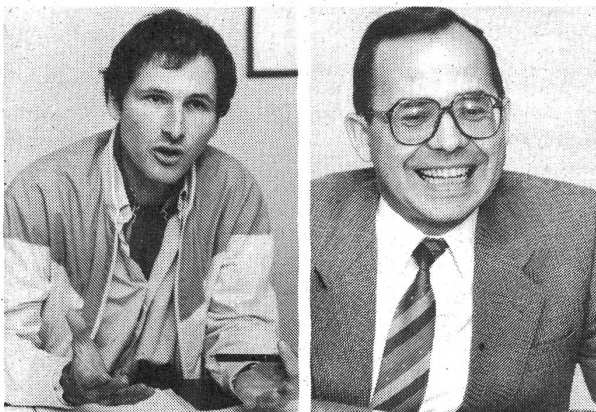
BZ: Herr Baumberger, versprechen Sie sich von einer Energiesteuer, die alle Energien um rund 40 Prozent verteuern würde, einen Anreiz zum Sparen?

H.B.: Der Vorschlag, die Wüst durch eine Energiesteuer zu ersetzen, hat etwas

Bestechendes an sich, auch wenn er seine Fussangeln hat. Dass höhere Energiepreise einen Anreiz zum Sparen bieten, scheint mir unbestritten. Hingegen sind die Auswirkungen einer Abschaffung der Wüst und einer Einführung der Energiesteuer im Moment noch zu wenig überblickbar. Sehr kompliziert wird es dann, wenn sie auch noch aussenhandelsneutral ausgestaltet werden müssen.

T.F.: Wichtig scheint mir, dass darüber diskutiert wird; es ist ein Denkanstoss in einer neuen Richtung.

BZ: Das von Infrass vorgeschlagene Elektrizitätswirtschaftsgesetz will eine Änderung der Tarifpolitik bewirken. In der Richtung, dass zum Beispiel der Strom im Winter teurer ist als im Sommer.



H.B.: Da rennt die Studie bei uns offene Türen ein. Die NOK verkaufen die Energie im Winter teurer als im Sommer. Die letzten zwei Tarifrevisionen sind je einen weiteren Schritt in dieser Richtung gegangen.

BZ: Wie gross ist der Preisunterschied zwischen Sommer und Winter?

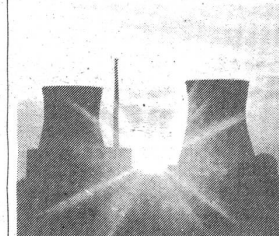
H.B.: Insgesamt rund 50 Prozent.

BZ: Warum sind Sie dann trotzdem entschieden gegen ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz?

H.B.: Vor allem darum, weil damit nur ein Energieträger, die Elektrizität, an die Kandare genommen wird und die anderen ungeschoren davonkommen.

T.F.: Die Elektrizitätswirtschaft steht nicht in einem marktwirtschaftlichen Wettbewerb, weil sie über regionale Monopole verfügt. Sie kann deshalb autonom über ihre Tarifpolitik entscheiden. Ich betrachte ein Elektrizitätswirtschaftsgesetz aus diesem Grunde als unumgänglich.

Der Petkau-Effekt und unsere strahlende Zukunft



Waldsterben, Tschernobyl,
niedrige Radioaktivität – was jetzt?

Ralph Graeub
Zytglogge

Der Petkau-Effekt in der Presse

Ralph Graeubs Buch «Der Petkau-Effekt und unsere strahlende Zukunft» wurde hier schon vorgestellt und käme (in der E+U) nicht mehr zur Sprache, wenn ... Ja, wenn in zwei Zeitungen nicht eine beispiellose Kampagne gegen das Buch lanciert worden wäre.

Die Zeitungen sind: das «Badener Tagblatt» und die «Neue Zürcher Zeitung». In der NZZ erschien am 26. Juni 1986 und im BT am 1. Juli eine Kritik von Prof. Dr. Hedi Fritz-Niggli, der obersten Strahlenbiologin der Schweiz, auf eine Buchbesprechung. Am 23. Juli doppelte Roman Spiess im BT nach: als Leiter der Schule für Strahlenschutz im Eidgenössischen Institut für Reaktorforschung in Würenlingen kanzelte er Graeub, den Textilchemiker, ab, verneigte sich dagegen tief vor «meiner hochverehrten Lehrerin» Fritz-Niggli. Die NZZ verweigerte dem Autor eine Entgegnung auf die Strahlenlehrerin. Das BT jedoch erlaubte Graeub eine Entgegnung am 12. September. Sonderdrucke dieses Presseclinchs sind beim Verfasser erhältlich: R. G., Postfach 336, 4800 Zofingen.

Auch die E+U nimmt Stellung:
Graeub, Ralph (1986): Der Petkau-Effekt und unsere strahlende Zukunft. 2. überarbeitete Auflage. Zytglogge, Gümliigen. Fr. 29.-